

Schüler wählen ebenfalls

Marie-Colinet-Sekundarschule macht erstmals bei der Juniorwahl mit



Zwei Kreuze machen: Schüler der Marie-Colinet-Sekundarschule machen bei der Juniorwahl mit.
Foto: Michael de Clerque

HILDEN. Noch befindet sich die Marie-Colinet-Sekundarschule im Aufbau. Erstmals hat die Schule einen 9. Jahrgang - und nimmt deshalb erstmals an der Juniorwahl teil.

„Politische Bildung ist sehr wichtig“, sagt Schuldirektorin Sabine Klein-Mach. „Wir erarbeiten mit den Jugendlichen im geschützten Raum Schule, wie die Wahl funktioniert. Und wie einfach die Abläufe sind.“ So sinke die Hemmschwelle, später

richtig wählen zu gehen, so die Idee des Projekts. Zudem könnten auch die Familien der Schüler so erreicht werden.

Die Schüler der Jahrgangsstufen 8 und 9 haben die Juniorwahl in ihrem Politikunterricht vorbereitet und die Wahl am vergangenen Donnerstag wurde so realistisch wie möglich durchgeführt. Mit Wahlplakaten, Wahlraum, Wahlurne und Wahlkabinen. Die Leitung hatte Lehrerin Berna Cagras. „Wir wollen die Ab-

läufe transparent machen“, sagt Sabine Klein-Mach.

Die Juniorwahl gibt es seit 1999 in Deutschland. Bundesweit machten bei der Junior-Bundestagswahl rund eine Million Jugendliche mit. Damit gehört die Juniorwahl zu den größten Schulprojekten in Deutschland und steht zur Bundestagswahl unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestages Prof. Dr. Norbert Lammert.

Das Gesamtergebnis

der Zweitstimmen und die Sieger der Erststimmen der Juniorwahl werden morgen am Wahlsonntag, 24. September, um 18 Uhr auf www.juniorwahl.de veröffentlicht.

JR

HINTERGRUND

- ▶ Wissenschaftliche Untersuchungen ergaben, dass sich die Wahlbeteiligung der beteiligten Eltern erhöhte, ebenso wie die Wahlbeteiligung unter Erstwählern. Zudem sank der Anteil der Nichtwähler von 22 auf unter 7 Prozent.
- ▶ Seit 1999 wird das Projekt bundesweit zu allen Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen durchgeführt. Seither haben sich mehr als 1,8 Millionen Jugendliche beteiligt.
- ▶ Als Basis des Projekts werden 2.500 Schulen durch den Deutschen Bundestag, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert. Zusätzlich wird in vielen Ländern das Projekt durch Kultusministerien, Landtage und Landeszentralen für politische Bildung finanziert.